

Ä3 Ungeteilte Internationale Solidarität – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Antragsteller*in: Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu A11

Nach Zeile 253 einfügen:

Imperiale europäische Interessen

Wir blicken auf eine lange Geschichte von imperialen europäischen Interessen in diesem Gebiet. Wir blicken aber auch auf europäisches Interesse in aktuellen Zeiten.

Geostrategischer Einfluss ist heute wie gestern eng mit dem Suezkanal verknüpft, denn wir wissen: Handel bedeutet Macht, ebenso wie der Zugang zu Öl und Gas, migrationspolitische externalisierende Abkommen, Rüstungsexporte und sicherheitspolitische Interessen. Wir verurteilen die postkoloniale Ausnutzung durch Europa. Wer alles von Azerbaijan bis nach Libyen als Risiko wahrnimmt, der sorgt sich um „Sicherheit“ und verwaltet das Unrecht, wenn es ihm und dem Kapital nützt, und schert sich nicht um die Menschen.

Wir ersuchen die Europäische Union, ihre Macht zu nutzen, um sich für eine nachhaltige, gerechte Lösung einzusetzen, die Machthaber in Israel zu sanktionieren und die IDF als Terrororganisation anzuerkennen.

Deutsche Verantwortung

Deutschland hat sich bei der Aufarbeitung der Shoa zu sehr von Israel abhängig gemacht. Neben der zu weitreichenden IHRA Definition von Antisemitismus gehört dazu auch die sogenannte Staatsräson. Staatsräson ist weder ein rechtlicher noch ein klar definierter Therm. Die englische Übersetzung „nationales Interesse“ („national interest“) hilft bei einer Annäherung. Die Sicherheit Israels und der Schutz jeden jüdischen Lebens muss in deutschem nationalen Interesse sein. Der Begriff Staatsräson wird jedoch wie dem deutschen Grundgesetz gleich in der Debatte genutzt und ist damit irreführend, auch deswegen wir nutzen ihn nicht.

Deutschlands Mitschuld geht jedoch darüber hinaus. Wir als Grüne Jugend Berlin sind prinzipiell gegen jede Waffenlieferung, aber hier wollen wir uns explizit gegen Waffenexporte nach Israel stellen. Bis zuletzt machten diese 30% der Rüstungsexporte nach Israel aus, insbesondere für die Marine. Wir verurteilen dies zutiefst. Zudem bestürzt uns, dass nach der Ankündigung von Merz im September keine Einzelausfuhrgenehmigungen nach Israel zu erteilen, bereits beschlossene weitergeliefert wurden, und auch die Genehmigungen 2 Monate später wieder erteilt wurden. Waffenlieferungen Stoppen!

Palantir ist eine von Peter Thiel mit Geld der CIA gegründete Firma und Software, welche unterschiedliche Datenbanken zusammenführt. Israel nutzt diese um automatisiert potenzielle Ziele im Gazastreifen auszuwählen, Zielpersonen zu identifizieren oder Bewegungen zu analysiert. Damit bleibt der Mensch formell am Entscheidungsprozess beteiligt, faktisch tötet damit heute schon die Maschine autonom. Diese Software wird auch in Europa genutzt, im britischen Gesundheitssystem, aber auch in der deutschen Polizei. Das ist nicht nur datenschutzrechtlich problematisch, sondern trägt auch

koloniale Züge. Wenn die Nutzung außerhalb von Europa im menschenverachtensten aller Sinne „erprobt“ und „kriegstestet“ wurde und dann für staatliche Digitalisierung zurückkommt, verdeutlicht dies koloniale Muster und Kontinuitäten. Es gibt kein Testfeld, in welchem Menschenleben weniger wert sind!

Doch noch offensichtlicher stellen sich die Bundesregierungen, vor die Täter und gegen die Opfer. Als Südafrika mit dem Vorwurf des Genozids gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof klagte, stellte sich Deutschland gegen die Klage und vor Israel. Wir befürworten ausdrücklich eine Klage vor dem IGH und sprechen uns für eine schnelle und unabhängige Untersuchung aus. Deutschland muss aufhören Israel und anderen Staaten die einen Genozid begehen diplomatische Rückendeckung zu geben.

Von Zeile 257 bis 261:

Diskussionen und Statements von Mitgliedern und Mandatsträger*innen der grünen Partei sahen und sehen wir kritisch. ~~Wir erkennen die dadurch entstandene psychische Belastung für Parteimitglieder sowie für persönlich Betroffene an. Es fehlt noch immer an Aufarbeitung, an Bildungsarbeit, an offenen Debattenräumen, an Reflexion und an Kritikfähigkeit.~~

Eine grundsätzliche realistische Debatte wurde nicht zugelassen und während die eigene Außenministerin schon konkrete Politik, wie die Verteidigung Israels vor dem IGH, umgesetzt hat, durfte eine Debatte nicht stattfinden. Das steht nicht nur unseren Grundsätzen einer partizipativen Partei entgegen, sondern verschiebt Macht systematisch in die Hände derjenigen, die schon welche haben. Zudem wurden vorschnell Menschen als antisemitisch bezeichnet.

Wir erkennen die dadurch entstandene psychische Belastung für Parteimitglieder sowie für persönlich Betroffene an. Es fehlt noch immer an Aufarbeitung, an Bildungsarbeit, an offenen Debattenräumen, an Reflexion und an Kritikfähigkeit.

Begründung

Ein kleiner Abschnitt zu Europa und Deutschland